

# ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend wirksame und gerechte Unterstützung für Pendlerinnen und Pendler

eingebracht im Zuge der Debatte über Bericht des Verkehrsausschusses über den Antrag 843/A(E) der Abgeordneten Klaus Wittauer, Dipl.-Ing. Hannes Missethon, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausbau von Autobahnauffahrten (Initiative Park & Drive) (1571 d.B.)

Pendlerinnen und Pendler sind mit hohen und weiter steigenden Treibstoffkosten und zugleich vielfach schlechter statt besser werdendem Angebot bei den Alternativen Bahn und Bus konfrontiert. Dabei sind die Öffentlichen Verkehrsmittel die kostengünstigste, sicherste und umweltvertraglichste Art von Massenmobilitt.

Die Regierung hat in den letzten sechseinhalb Jahren weder die gravierenden Ungerechtigkeiten bei der PendlerInnenunterstutzung - etwa die Benachteiligung von Bus- und BahnenutzerInnen bei Kilometergeld und Pendlerpauschale – in Angriff genommen noch haben ÖVP und BZO sich für die wirksame Unterstützung von Fahrgemeinschaften, etwa durch steuerliche Besserstellung, engagiert.

Ebensowenig ist die Regierung bisher dem Aufruf des Rechnungshofs gefolgt, verkehrspolitische Schwerpunkte beim Öffentlichen Verkehr anstelle autozentrierter Politik zu setzen. Die im ÖVP-Wahlprogramm von 2002 sowie im geltenden Regierungsprogramm versprochene Offensivreform beim Öffentlichen Verkehr ist ebenso ausständig, sie ist bisher an der geplanten inhaltlichen Kindesweglegung und der Absicht zur Finanzierung zulasten Dritter (Länder, Gemeinden, Fahrgäste) gescheitert. Eine Offensive gab es nur bei den ÖBB-Vorstandsposten und Beratervertragen, wo zig Millionen Euro verschwendet wurden.

Zudem bereiten die Regierungsparteien mit der ASFINAG zur Finanzierung der zahlreichen von Baukonzernen und Großbanken betriebenen hochrangigen Straßenprojekte die Einführung einer PKW-Maut und damit massive Mehrbelastungen vor.

Statt einseitigen Mehrbelastungen für PendlerInnen und Herunterwirtschaften der Alternativen Bahn und Bus ist jedoch gezielte und wirksame Unterstützung nötig. Eine Bedarfserhebung und Konzepterstellung für mehr Sammelparkplatze an Autobahnauffahrten geht hier entschieden zu wenig weit.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG:

**Der Nationalrat wolle beschließen:**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Pendlerinnen und Pendler sowie BenutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel durch folgende Maßnahmen gerecht und wirksam zu unterstützen und von hohen und absehbar weiter steigenden Kosten zu entlasten:

- Angebots- und Qualitätsoffensive bei Bahn und Bus;
- eine Nahverkehrsreform, die nicht Einsparen, sondern Umsteigen zum Ziel hat und Schluss mit schlechtem Service zu jährlich steigenden Preisen macht;
- Einführung eines gerechten, einheitlichen, entfernungsabhängigen Mobilitätsgeldes, das – im Gegensatz zum derzeitigen km-Geld und Pendlerpauschale - BenutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel und Wenigverdienende beim Pendeln nicht mehr benachteiligt;
- steuerliche Besserstellung von Fahrgemeinschaften anstelle der derzeitigen steuerlichen Benachteiligung;
- Ausbau von Mobilitätsmanagement sowie Park&Ride beim nächstgelegenen Bus- oder Bahnknotenpunkt